

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08  
Telefon: (02 28) 21 90 33/39  
Telefax: 08 86 846 bobb d

## Inhalt

Rudi Arndt MdEP, Stellvertretender Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament, stellt fest, daß die deutsche EG-Ratspräsidentschaft nicht an Worten, sondern Taten gemessen wird: Genscher als Hindernisläufer.

Seite 1

Eilfriede Eilers setzt sich mit der sozialen Dolchstoßlegende Geißlers auseinander: Zwischen den beiden Ämtern entscheiden!

Seite 5

Alfred Emmerlich MdB stellt fest, daß die CDU/CSU im Eherecht die Zeit zurückdrehen will: Zurück zum Verschuldensprinzip?

Seite 6

### Dokumentation

Herbert Wehners Brief an den Hamburger SPD-Vorsitzenden Jörg König.

Seite 7

38. Jahrgang / 8

12. Januar 1983

### Genscher als Hindernisläufer

Die deutsche Ratspräsidentschaft wird nicht an Worten, sondern Taten gemessen

Von Rudi Arndt MdEP

Stellvertretender Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments

Alle Jahre wieder im Januar und Juli erlebt die europäische Öffentlichkeit dasselbe Ritual: Eine neue Ratsmacht tritt an: hoffnungsvoll am Start, mit den Muskeln spielend, den Eindruck erweckend wie ein Hindernisläufer gut trainiert zu sein. Die Strecke und die Hindernisse sind erkannt. Und dann ein halbes Jahr später im Juni oder Dezember erscheint der Läufer abgekämpft, hat kaum ein Hindernis geschafft, im Gegenteil, neue kamen hinzu. Da macht der neue Ratspräsident, Herr Genscher, keine Ausnahme. Im Gegenteil: So wie er am Dienstag vollmundig einen großen Teil der Probleme angesprochen hat, versucht er wohl den Eindruck zu erwecken, er sei ein Superman. Am 7. Juni dieses Jahres, am Ende der deutschen Präsidentschaft wird sich zeigen, ob das nur eine aufgeblasene Gummipuppe war.

Wenn Herr Genscher dann das Staffelholz der Präsidentschaft selbst weitergeben könnte, würde das nicht unbedingt der Tradition der letzten Jahre entsprechen. Die Europäische Gemeinschaft hat in den letzten Jahren eine Spezialität entwickelt: Der Hindernisläufer, der am Start erschien, wurde meist nach der Hälfte der Strecke aus dem Rennen genommen. Ich erinnere an Irland, Holland, Italien, Belgien, Dänemark. Genscher hat also die große Chance, diese Tradition fortzusetzen. Zu dieser Feststellung gehört keine Polemik, das ist nicht hämisch. Denn vorige Woche hat Bundespräsident Carstens erklärt; "daß eine handlungsfähige parlamentarische Mehrheit zur Unterstützung der Regierungspolitik nicht mehr vorhanden ist".

Europa hatte an diese Präsidentschaft große Hoffnungen geknüpft; Denn es handelt sich bei der Bundesrepublik immerhin um das bevölkerungsstärkste Mitgliedsland. Mindestens bis zum 6. März wird das Land jedoch keine handlungsfähige Parlamentsmehrheit haben. In dieser Zeit be-



findet es sich im Wahlkampf. Herr Genscher sogar in einem Existenzkampf. Dann wird sich der zehnte Bundestag konstituieren, und erst danach wird bei vorsichtiger Schätzung eine neue Regierung gebildet, so daß im günstigsten Fall dem Europäischen Parlament für die letzten vier Wochen eine Ratspräsidentschaft gegenübersteht, die über eine handlungsfähige parlamentarische Mehrheit verfügt.

Um zum Bild des Hindernisläufers zurückzukehren: Man schickt ihn ohne Spikes und ohne Publikumsunterstützung auf die Strecke. Ganz sachlich und objektiv: Die deutsche Präsidentschaft ist mit einer so großen Zahl von Handicaps verbunden wie keine zuvor. Das ganze Sündenregister des Ministerrats ist ihnen in einem riesigen Rucksack beim Start auf die Hindernisbahn zusätzlich aufgebürdet worden. Auf diesem Rucksack steht in großen Lettern: Weitgehend verursacht durch die Unfähigkeit des Ministerrats, der die Probleme nur vor sich herschiebt, und keine endgültigen politischen Entscheidungen trifft.

Die schwersten Gewichte in diesem Rucksack sind:

- Nicht-Erledigung des Mandats vom 30. Mai 1980,
- Ablehnung des Nachtragshaushaltes 1982,
- Fischereikrise,
- Untätigkeitsklage gegen den Ministerrat wegen des Versagens der Verkehrspolitik,
- Unausgeglichenheit des Haushalts,
- ausstehende Reform der gemeinsamen Agrarpolitik und damit verbunden eine hohe Zahl von Betrugsfällen.

Genscher hat in der Tat das vollste Mitgefühl und die ganze Zustimmung der Sozialistischen Fraktion zur Feststellung ihres Regierungschefs Helmut Kohl kurz nach seinem Regierungsantritt: "Die Dinge laufen jämmerlich." Und dazu haben wir die größte Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg und eine Arbeitslosigkeit, die sowohl Ausdruck dieser Krise als auch einer erst am Anfang befindlichen Umstrukturierung ist. Um zum Hindernislauf zurückzukehren: Zu all den Handicaps hat Genscher auch noch stürmischen Gegenwind. Da hilft nur noch eins: Ohren anlegen und sich so windschlüpfig wie möglich zu machen.

Die deutsche Präsidentschaft kann wahrlich Hilfe brauchen. Die Sozialistische Fraktion ist durchaus dazu bereit; freilich nicht aus überschäumender persönlicher Sympathie, sondern um den Rucksack zu erleichtern, einige Hindernisse kleiner zu machen und Europa aus dem Gegenwind heraus in günstigeres Fahrwasser zu bringen.

Dafür einige Beispiele:

- Genscher hat eine Forderung aufgenommen, die der Fraktionsvorsitzende der Sozialistischen Fraktion immer wieder erhoben hat: Schluß mit dem vertragswidrigen Vetorecht im Ministerrat. Dafür, daß er sich in die sozialistische Front eingliedert, ist Herrn Genscher zu danken.
- Er will dem Parlament helfen, eine Verstärkung seiner Stellung zu erreichen und sein Mitspracherecht zu erweitern. Ausgezeichnet. Aber warum hat die Regierung Kohl/Genscher beim Nachtragshaushalt 1982 und beim Haushalt 1983, also vor genau vier Wochen das genaue Gegenteil von dem im Ministerrat gemacht, was Genscher jetzt propagiert? Genscher hat gesagt, das Europäische Parlament müsse Motor der europäischen Einigung sein, dann schaue er sich doch unsere Beschlüsse an. Wir wären doch schon viel weiter, wenn der Rat nicht der europäische Bremser wäre. Herr Genscher, Herr Kohl, Herr Lambsdorff und Herr Ertl haben bisher voll mitgebremst.
- Genscher hat als ein wichtiges Anliegen der neuen Ratsmacht konkrete Maßnahmen insbesondere bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit bezeichnet. Beim Haushalt 1983 hat die Regierung Kohl/Genscher gegen die diesbezüglichen Anträge des Parlaments gestimmt: Gegen ein Programm zu Arbeitsbeschaffung für Jugendliche, gegen die Vorbereitung Jugendlicher auf das Erwerbsleben, gegen Maßnahmen zur Ausbildung für Informationstechnologie und gegen ständige Weiterbildung und Zusammenarbeit



mit Erwachsenenbildung. Bis 16. Dezember 1982 war die Kohl/Genscher-Crew noch gegen Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, ab Januar 1983 will sie nun ganz dafür sein. Die deutsche Regierung könnte schon damit eine erfolgreiche Präsidentschaft gestalten, wenn sie dafür sorgen würde, daß das, was in großen Reden von ihr am Sonntag verkündet wird, nicht im eklatanten Widerspruch steht zu dem, was zwischen Montag und Samstag von ihr realisiert wird.

Einer der größten Widersprüche in der Politik der Bonner Koalition sind die Fehlentwicklungen der Agrarpolitik und die Reaktion der Christdemokraten und der Liberalen darauf. Das ist schon schizophren, wenn Genscher im Europäischen Parlament für maßvolle Garantiepreise und für einen geringeren Anteil der Ausgaben für Landwirtschaft plädiert. Aber als es 1982 um die Agrarpreis-Festsetzung ging, stimmten Christdemokraten und Liberale für das genaue Gegenteil: Für Preiserhöhungen von 16 und 14 Prozent. Dieser doppelten Moral müßte eine konsequente Politik ihrer Regierung, die vor allem bei den überschüssigen Agrarprodukten wieder stärker auf die Gesetze des Marktes vertraut, ein Ende bereiten. Ohne Korrekturen im Agrarbereich wird in Europa nichts mehr gehen.

Nachdem die Sozialistische Fraktion seit Jahren und auch das Europäische Parlament die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch mehr öffentliche Investitionen und ein koordiniertes Vorgehen aller Mitgliedstaaten verlangt hat, ist jetzt auch der Europäische Rat davon überzeugt. Doch genau dagegen hat sich der deutsche Wirtschaftsminister Lambsdorff die ganze Zeit gewehrt.

Der Ministerrat hat vom Europäischen Parlament konkrete Vorschläge zur Beseitigung der Unausgeglichenheit des Haushalts erhalten. Nicht nur die Sozialistische Fraktion, sondern die große Mehrheit des Europäischen Parlamentes vertritt seit Jahren diese Politik: Für die

- Einführung einer wirksamen gemeinschaftlichen Regionalpolitik mit Konzentration auf die tatsächlich bedürftigen Regionen und mit angemessener finanzieller Ausstattung,
- Entwicklung des Sozialfonds zu einem Instrument, das zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beitragen kann,
- Entwicklung einer Energie- und Industriepolitik, die sich an den Notwendigkeiten der Beschäftigungs- und der regionalen Strukturpolitik orientiert,
- Entwicklung einer Verkehrspolitik unter Einschluß der finanziellen Hilfe für Gemeinschaftsprojekte mit übernationaler Bedeutung,
- stärkere Ausgestaltung der Umweltschutzpolitik mit Wirkung für alle Gemeinschaftspolitiken, verbunden mit einer besseren finanziellen Ausstattung,
- Ausweitung der Mittel für Zwecke der Entwicklung und Zusammenarbeit sowie verstärkte Maßnahmen zur Bekämpfung des Hungers in der Welt.

Diese Maßnahmen müssen die Bedingungen für einen effektiven Einsatz der Mittel erfüllen und stärker als Umverteilung zugunsten der schwächeren Regionen der EG konzipiert sein.

Die Sozialistische Fraktion unterstützt die Forderung nach einem Finanzausgleich zwischen den wirtschaftlich stärkeren und schwächeren Regionen der Gemeinschaft. Die Vorteile der wirtschaftlichen Integration fallen ungleichmäßig aus und können Ausgleichsmaßnahmen erforderlich machen.

Bei der Belastung durch den Gemeinschaftshaushalt hält die Sozialistische Fraktion ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Mitgliedstaaten für notwendig. Belastungen und Vorteile aus dem Gemeinschaftshaushalt sollten in einem angemessenen Verhältnis zu wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eines Mitgliedstaats und seiner Bürger stehen.

Es genügt nicht die Erklärung von Ratspräsident Genscher, hier sei entschlossenes Handeln gefordert. Er sollte doch wenigstens erklären, daß er und seine Regierung diese Politik der Sozialisten und der Mehrheit des Parlaments für richtig halten und auch dementsprechend handeln werden.



Deutsche Regierungen der Nachkriegszeit, gleichgültig in welcher Zusammensetzung, haben immer erheblichen Wert auf Währungsstabilität gelegt. Hier wäre gerade für die deutsche Präsidentschaft eine weitere große Aufgabe. Im Gegensatz zu Kohl/Genscher glauben die Sozialisten, daß in Europa eine Währungspolitik fehlt, die in der Lage wäre, sowohl den europäischen Währungen gegenseitig Beistand zu geben als auch ein gemeinsames Vorgehen gegenüber dem Dollar zu ermöglichen, um dadurch eine stärkere europäische Währungsstabilität zu schaffen.

Seit Jahren versucht das Europäische Parlament den Ministerrat und die Regierungen davon zu überzeugen, daß die Unabhängigkeit der Gemeinschaft in ihrer Energieversorgung erheblich verbessert werden muß. Bis heute ist es jedoch noch nicht gelungen, eine gemeinsame europäische Energiepolitik zu entwickeln. Dabei liegen in diesem Bereich noch unwahrscheinliche Reserven. Durch rationelleren Energieeinsatz, Entwicklung erneuerbarer Energiequellen, eine gemeinschaftliche Preispolitik und eine konsequente Förderung von Energiemaßnahmen auf europäischer Ebene könnte die wirtschaftliche und auch die politische Abhängigkeit von den erdölproduzierenden Ländern erheblich reduziert werden.

Bei diesem Sachverhalt kann es doch nicht ernst gemeint sein, wenn Genscher sagte, wir dürfen im Energiebereich lediglich "nicht nachlassen": Wir müssen alle Kräfte anspannen, um das zu verwirklichen, was die Sozialisten schon seit Jahren für eine europäische Energiepolitik gefordert und beschlossen haben. Der Rat und gerade auch Genschers Regierung haben doch bisher eine gemeinsame Energiepolitik durch Untätigkeit abgeblockt.

Als dritter Schwerpunkt nannte Genscher die Süderweiterung. Es nützt jedoch nicht allzuviel, wenn die politische Notwendigkeit des Beitritts der beiden iberischen Länder regelmäßig euphorisch begründet, dann aber bei der Schaffung der wirtschaftlichen und finanziellen Voraussetzungen blockiert wird.

Wo auch immer auf dieser Welt Menschenrechte mit Füßen getreten werden, da hat sich das Europäische Parlament damit befaßt und seine Meinung gesagt. Das war oft wirkungsvoller als die militärische Drohgebärde mancher Großmacht. Die europäischen Institutionen müssen sich jedoch davor hüten, ihren Kampf gegen Verletzung der Menschenrechte davon abhängig zu machen, welche Seite die Verletzungen vornimmt. Wer Afghanistan oder Polen oder die Verfolgung von Dissidenten anklagt, dem fehlt dazu das Recht, wenn er gleichzeitig Chile oder Südafrika oder die Geschehnisse in Beirut verteidigt. Und genauso ist das umgekehrt.

Im Europäischen Parlament hat der Vizepräsident der Kommission erklärt, daß unter den jetzigen Verhältnissen der Menschenrechtsverletzungen und der Mißachtung der Demokratie in der Türkei diese keine weiteren Mittel der EG bekommt. Das steht im Gegensatz zu Genschers Erklärung, der demokratische Prozeß sei in der Türkei eingeleitet. Wir wünschten, es wäre so. Aber weder in Polen noch in der Türkei ist der demokratische Prozeß eingeleitet, auch wenn die beiden Militärdiktatoren das immer wieder erklären.

Die Bundesregierung kann mit unserem Verständnis, ja mit Beifall rechnen, wenn sie nur in einigen Bereichen Fortschritte erzielen würde. Die Sozialisten im Europäischen Parlament sehen unsere Aufgabe nicht darin, gegen die jetzige deutsche Übergangsregierung eine nationale Opposition auf die europäische Dimension zu heben. Aber womit sie rechnen muß ist, daß wir ihr Handeln immer wieder mit den generellen Erklärungen konfrontieren. Wir werden es nicht durchgehen lassen, wenn es weiter nur bei schönen Worten bleibt. Wie gesagt: Europas Weiterentwicklung wird nicht durch die großen Reden der Regierenden am Sonntag, sondern von den Realitäten zwischen Montag und Samstag geprägt.

(-/12.1.1983/ks/ca)

+ + +



Soziale Dolchstoßlegende  
-----

Geißler soll sich zwischen seinen beiden Ämtern entscheiden

Von Elfriede Eilers

Seniorenbeauftragte der SPD

Ist Heiner Geißler ein verantwortungsbewußter Generalsekretär der CDU oder ein Damagoge großen Stiles?

Er spricht vom Rentenbetrug und läßt als Minister zu, daß Rentner und Sozialhilfeempfänger ohne gefragt zu werden als erste Konsumverzicht leisten müssen. Große aber werden verschont. Er spricht vom Finanzbetrug und weiß, daß international Arbeitslosigkeit und Rezession (Stahlkrise) die Staaten in finanzielle Desaster gestürzt haben. Wo ist das Konzept der Herren Kohl und Stoltenberg, das da schon greifen könnte? Er spricht von Mieterlüge und weiß, daß in sozialliberaler Verantwortung gesichertes Mietrecht für Alte und Familien in wenigen Wochen Regierungszeit der Rechtskoalition verändert und ausgehöhlt wurde.

Geißler zitiert Brecht, zu dem er sonst ein durch und durch gebrochenes Verhältnis hat.

Er versucht Sozialdemokraten und Verbrecher deckungsgleich zu machen. Das erschreckt mich zutiefst.

Geißler ist Wahlkämpfer - soweit so gut. Aber in diesem Stil?

- Er ist Familienminister, vergißt er das ganz?

o Was sagt der Familienminister zur Streichung des Schüler-BAföG?

o Was sagt der Familienminister zur Altersbegrenzung für ausländische Kinder in der Familienzusammenführung?

o Was sagt der Familienminister zur zweiprozentigen Anhebung der Bundes-Sozialhilfegesetz-Beiträge und damit zur Senkung des Lebensniveaus der Schwächsten?

o Was sagt der Familienminister zur Verkabelung, Videokassettenflut und damit zur Jugendgefährdung?

o Was sagt der Familienminister zum Schlammkämpfer Geißler?

Es liegt nahe zugunsten Geißlers anzunehmen, daß er so überarbeitet ist, daß ihm "die Sicherungen" durchbrennen. Wenn das so sein sollte, so muß er sich entscheiden.

Es darf nicht angehen, daß Herr Geißler zu wenig Zeit hat, sich der brennenden Fragen seines Ministeriums anzunehmen. Dann soll er lieber als Minister zurücktreten.

Als Wahlkämpfer wird Geißler zwar auch mit moralischen Maßstäben gemessen werden müssen, aber der Familienminister unterliegt doch noch anderen Qualitätsanforderungen als ein Generalsekretär.

Ich schäme mich für Heiner Geißler, der der Demokratie einen bösen Dienst erwiesen hat.  
(-/12.1.1983/ks/ca)

+ + +



Zurück zum Verschuldensprinzip?

Die CDU/CSU will im Eherecht die Zeit zurückdrehen

Von Alfred Emmerlich MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Rechtswesen der SPD-Bundestagsfraktion

CDU und CSU bereiten seit langem auch im Eherecht die Wende nach Rückwärts in die fünfziger Jahre vor. Durch die Beschlüsse der CSU zur Rechtspolitik in Wildbald Kreuth und die Ausführungen des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister der Justiz, Professor Dr. Hans H. Klein (CDU), ist dies nun für jedermann deutlich ausgesprochen worden:

Das Kernstück der ersten Eherechtsreform, die Einführung des Zerrüttungsprinzips im Scheidungsrecht, soll rückgängig gemacht und das Verschuldensprinzip wieder eingeführt werden. Wenn die CSU sagt, die Ehe solle nicht zu einem jederzeit einseitig aufkündbaren Rechtsverhältnis abgewertet werden, dann läuft das darauf hinaus, daß sie selbst solche Ehen, die unheilbar zerrüttet sind, aufrecht erhalten will, falls ein Ehepartner in die Scheidung nicht einwilligt. Nach dem Willen der CSU soll vor Gericht wieder schmutzige Wäsche gewaschen werden und Familienrichter müssen dann aufgrund dieses unwürdigen Verfahrens wieder über Schuld oder Nichtschuld am Zerbrechen einer Ehe entscheiden, obwohl dies in der Regel gar nicht oder kaum möglich ist. Die CSU will demjenigen, "der sich von der Ehe abgewandt hat", den Unterhaltsanspruch aberkennen und ignoriert dabei, daß das Verlassen eines Ehepartners in den meisten Fällen nicht Ursache, sondern Folge des Scheiterns einer Ehe ist. Insbesondere Frauen können dem seelischen oder körperlichen Martyrium in kaputten Ehen oft nur dadurch entinnen, daß sie aus der ehelichen Wohnung ausziehen. Sie sollen also nach dem Willen der CSU durch Unterhaltsentzug doppelt bestraft werden.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesjustizministerium, Professor Dr. Klein, begründet seine Vorstellungen mit dem Hinweis darauf, daß nach geltendem Recht der verlassene Ehepartner dem anderen, der inzwischen mit seinem "Scheidungsgrund" hier zusammenwohne, nach wie vor Unterhaltsleistungen schulde. Diese Äußerung zeugt von einer bemerkenswerten Unkenntnis der herrschenden Rechtsprechung: Nach Urteilen des Bundesgerichtshofs hat schon jetzt derjenige keinen Unterhaltsanspruch, der bei seinem neuen Partner wohnt und sich von ihm versorgen läßt. Darüber hinaus steht der Staatssekretär Klein (CDU) mit seiner Ansicht im Widerspruch zu seinem FDP-Minister, der noch vor einem Monat auf die herrschende Rechtsprechung hingewiesen und erklärt hat, wer das Zusammenleben mit dem Liebhaber zum alleinigen Anknüpfungspunkt mache, denke "vordergründig".

Auch dies macht deutlich, wie bedeutungs- und einflußlos die FDP in der Rechtskoalition ist.

Schließlich muß befürchtet werden, daß nach diesem ersten Schritt der nächste folgt:

Die Einbeziehung auch des Versorgungsausgleichs in das Schuldprinzip.

CDU und CSU wollen offensichtlich aus der Scheidung wieder eine Straffaktion machen und ihre muffige Ideologie als geistig-moralische Erneuerung auch im Eherecht von Staats wegen durchsetzen.

(-/12.1.1983/ks/ca)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Herbert Wehner, hat folgendes Schreiben an den Vorsitzenden der Hamburger SPD, Jörg König, gerichtet:

Bitte um das Verständnis der Genossinnen und Genossen

Wenn ich mich heute verpflichtet fühle, Dir meine Stellungnahme zu Deinem Schreiben vom 23. November zur Kenntnis zu bringen, bitte ich Dich herzlich um Verständnis dafür, daß ich erst heute meine persönliche Entscheidung zu Papier bringe.

Der Landesorganisation Hamburg und den Genossen in Harburg, Süderelbe, Wilhelmsburg - ebenso wie in Finkenwerder und Veddel zu Beginn der Bundestagswahlen 1949 - habe ich herzlich zu danken für ihr Vertrauen, das mir die Kraft gegeben hat, mich im Deutschen Bundestag voll einzusetzen für die Notwendigkeiten unseres Volkes.

Jetzt steht erneut die Entscheidung für die Wahl des Deutschen Bundestages an. Ich befinde mich im 77. Lebensjahr und meine körperliche Verfassung nötigt mich, zu prüfen, ob ich imstande sein werde, die mit dem Mandat verbundenen Verpflichtungen erfüllen zu können. Ich bin mir der Verpflichtungen bewußt, die erfüllt werden müssen und bitte um Verständnis für meine selbstkritische Beurteilung.

Es steht mir nicht an, den Genossinnen und Genossen Vorschriften zu machen. Ich bitte herzlich darum, zu verstehen, daß es für mich eine Entscheidung ist, die 34 Jahre auf anständige Weise zu beenden. Ich habe vielen zu danken, die es mir möglich gemacht haben, meine Pflichten als Abgeordneter zu erfüllen, zumal ich von Anfang an dem Fraktionsvorstand der SPD im Deutschen Bundestag zugehört habe.

Lieber Genosse Jörg König, nimm, bitte, diese meine Zeilen als Ausdruck meines Dankes und als Bitte um das Verständnis der Genossinnen und Genossen der Landesorganisation sowie des Kreises Harburg entgegen.

+ + +

In einer ersten Stellungnahme hat der SPD-Vorsitzende, Willy Brandt, zur Entscheidung Herbert Wehners folgendes erklärt:

Respekt verdient

Herbert Wehners Entscheidung verdient Respekt. Wer die Arbeit dieses Mannes über die Jahrzehnte hinweg verfolgt hat, weiß, was dem Parlamentarismus in unserem Lande damit verloren geht. Er hat den Deutschen Bundestag durch seine verzehrende Arbeit geprägt wie kein anderer. Die deutschen Sozialdemokraten haben Herbert Wehner auch darüber hinaus vieles zu verdanken. Sie werden sich auch in Zukunft um seinen Rat, um seine Hilfe bemühen.

(-/12.1.1983/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

